

Jugendarbeitslosigkeit: Was ist zu tun?

Ein Streitgespräch unter Politikern

Zwar gehört die Jugendarbeitslosenquote der Schweiz zu den tiefsten Europas. Trotzdem bleibt die Jugendarbeitslosigkeit auch in der Schweiz ein Problem, liegt sie doch – trotz Hochkonjunktur – deutlich höher als die generelle Arbeitslosigkeit. Unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist sie besonders hoch. Haben wir in erster Linie ein Lehrstellen- oder ein Motivationsproblem? Welche Erfolge wurden in den letzten Jahren im Lehrstellenbereich erzielt? Und was muss noch getan werden, um die betroffenen Jugendlichen in den Arbeitsprozess zu integrieren? Zu diesen und anderen Fragen debattieren die Nationalräte Otto Ineichen und Paul Rechsteiner.

Die Volkswirtschaft: *Wie gross ist für Sie das Problem der Jugendarbeitslosigkeit?*

Rechsteiner: Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist eines der zentralen Probleme der Schweiz, ganz besonders die Langzeitarbeitslosigkeit. Keine Perspektiven zu haben, ist für die betroffenen Jugendlichen eine Katastrophe und für die Gesellschaft eine Zeitbombe.

Ineichen: Ich bin mit der Analyse einverstanden.

Die Volkswirtschaft: *Trotzdem, im internationalen Vergleich steht die Schweiz bezüglich Jugendarbeitslosigkeit relativ gut da. Mit der anziehenden Konjunktur hat sich auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen verringert. Ein Resultat der dualen Berufsbildung?*

Ineichen: Ganz eindeutig. Alle europäischen Länder, die ein vergleichbares duales Berufsbildungssystem haben, weisen eine tiefere Jugendarbeitslosigkeit aus als jene, die es nicht kennen. Das ist ein klares Indiz dafür, dass das duale Berufsbildungssystem Vorteile hat.

Rechsteiner: Ein wesentlicher Faktor, der über Jugendarbeitslosigkeit entscheidet, ist die Konjunktur. Deshalb ist es wichtig, einen langfristigen Aufschwung herbeizuführen. Aber die Konjunktur regelt nicht alles. Trotz guter Konjunktur fehlen immer noch Ausbildungsplätze. Besonders in den Städten gilt es dringend, neue Lehrstellen zu schaffen.

Die Volkswirtschaft: *Gemäss letztem Lehrstellenbarometer vom August 2006 ist das Lehrstellenangebot gegenüber 2005 um 1500 gestiegen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?*

Rechsteiner: Die positive Entwicklung ist das Resultat des ständigen Drucks der Gewerkschaften, aber auch anderer Kreise. Wir anerkennen, dass die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sehr viel

aktiver geworden ist. Und auch das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD) ist mit den Lehrstellenkonferenzen aktiv. All diese Bemühungen haben Früchte getragen. Trotzdem ist das Problem bei weitem nicht gelöst. Dazu sind weitere Grossanstrengungen nötig.

Ineichen: Dass das Problem nicht gelöst ist, liegt auch an den Jugendlichen selber. Wir von «Speranza 2000» konnten sehr viele Lehrstellen nicht besetzen. Ich stelle ernüchtert fest, dass den Jugendlichen teilweise die Flexibilität fehlt. Es gibt viele Jugendliche, die ihren Wunschberuf erlernen möchten und nicht bereit sind, sich der Realität zu stellen. So gesehen haben wir kein Lehrstellenproblem in der Schweiz, sondern ein Motivationsproblem von Jugendlichen.

Die Volkswirtschaft: *Haben Sie dazu konkrete Beispiele?*

Ineichen: Kürzlich waren wir von «Speranza» beim Lehrverbund Zug eingeladen. Dieser betreut 18- bis 20-jährige Jugendliche, die faktisch keine Chancen mehr haben, ins Berufsleben einzusteigen. Mit dabei waren der kantonale Volkswirtschaftsdirektor und alle Entscheidungsträger der kantonalen Berufsbildung. Es kamen zehn Jugendliche an die Veranstaltung. Ich habe den Jugendlichen sehr provokativ die Frage gestellt: Gibt es nicht zu viele Jugendliche, die sich weigern, in den Arbeitsprozess einzusteigen, weil unsere sozialen Auffangnetze zu grosszügig sind? Sieben dieser zehn Jugendlichen haben klar geantwortet, dass dem so sei und sie selber ähnliche Fälle kennen würden.

Rechsteiner: Herr Ineichen spricht, wie Teile der älteren Generation bereits seit den alten Griechen gesprochen haben: Die Jugendlichen seien faul oder dumm oder nicht motiviert. Wenn man den Jugendlichen selber die Schuld gibt, verkürzt das extrem die sehr gravierende Thematik. Die Jugendlichen selber sind überaus motiviert. Doch die Zukunftsaussichten waren in der Generation, aus der Herr Ineichen oder ich stammen, weit besser als jene der heutigen Jugendlichen aus nicht privilegierten Verhältnissen, die mit grossen Unsicherheiten und Diskriminierungen zu kämpfen haben.

Die Volkswirtschaft: *Herr Rechsteiner, gibt es denn für Sie kein Motivationsproblem bei*



NR Otto Ineichen
Mitglied der FDP-Fraktion,
Unternehmer, Präsident
des Vereins «Speranza
2000».



NR Paul Rechsteiner
Mitglied der SP-Fraktion,
Präsident des Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes

Rechsteiner: Ein wesentlicher Faktor, der über die Jugendarbeitslosigkeit entscheidet, ist die Konjunktur. Trotz guter Konjunktur fehlen aber immer noch Ausbildungsplätze. Besonders in den Städten gilt es dringend, neue Lehrstellen zu schaffen.



Bild: J.-C. Poffet

Kasten 1

Speranza 2000 – Unternehmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Mit dem Projekt „Speranza 2000“ sollen Jugendliche mit schulischen Lerndefiziten oder sozialen Schwierigkeiten eine neue Berufsperspektive erhalten: Kurzfristig mit der Zuweisung in ein einjähriges Praktikum, mittelfristig mit der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen bei der zweijährigen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest.

Der Verein „Speranza 2000“, der vom Unternehmer und Nationalrat Otto Ineichen präsidiert wird, setzt beim Angebot an. Speranza-Unternehmer motivieren andere Unternehmer innerhalb ihres Netzwerkes, soziale Verantwortung für die Jugend zu übernehmen und neue Ausbildungsplätze im niederschweligen Bereich zu schaffen. Die Kantone decken die Nachfrageseite ab. Deren Aufgabe ist es, mit einem fachgerechten individuellen Coaching die Jugendlichen ohne Anschlusslösung in die vom Speranza-Netzwerk bereit gestellten zusätzlichen Lehr- und Praktikumsplätze zu vermitteln.

Zur Trägerorganisation des Vereins „Speranza 2000“ gehören die Verbundpartner der Schweizerischen Berufsbildung (Gewerbeverband, Arbeitgeberverband, Erziehungsdirektoren-Konferenz, Berufsbildungsämter-Konferenz) sowie der Verein Speranza FDP Basel-Land und Initiant Otto Ineichen. Das Projekt, das in fünf Kantonen (LU, AG, ZH, BL, GR) bereits initiiert wurde, läuft drei Jahre und wird laufend den Anforderungen angepasst. Es wird gemeinsam vom Bund und der Wirtschaft getragen.

Jugendlichen – und auch nicht bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund?

Rechsteiner: Die Motivation der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen – auch der Jugendlichen mit Migrationshintergrund – ist hoch. Die Jugendlichen, die aus nicht privilegierten Verhältnissen stammen, haben allerdings die schlechteren Perspektiven. Das müssen sehr viele Schüler aus der Realschule erfahren. Gemäss Pisa-Studie kommen drei von vier Schülern aus privilegierten Verhältnissen ins Gymnasium. Bei Schülern aus nicht privilegierten Verhältnissen ist es noch gerade einer von fünf – dies nota bene bei exakt gleichen schulischen Leistungen. Die soziale Herkunft entscheidet leider wieder sehr stark über Schulbildung und Karriere.

Ineichen: Ich bezweifle, dass es überhaupt sinnvoll ist, wenn mehr Jugendliche als heute einen Maturitätsabschluss haben. Dass wir die niedrigste Arbeitslosigkeit in Europa haben, hängt mit dem dualen Berufsbildungssystem zusammen. Umgekehrt gilt: Je höher die Maturitätsquote, desto höher die Arbeitslosigkeit.

Rechsteiner: Sie konstruieren hier einen kuriosen Zusammenhang. Auch wenn sich die Gewerkschaften immer für das duale Berufsbildungssystem ausgesprochen haben: Als Land, das über keine natürlichen Ressourcen verfügt, hat die Schweiz nur Erfolg, wenn wir eine gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung haben. Dazu gehört auch der akademische Weg.

Die Volkswirtschaft: *Herr Ineichen, spielen Sie mit Ihrer Analyse nicht die tatsächlichen Schwierigkeiten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund herunter?*

Ineichen: Ich finde für jeden Werkschüler, der motiviert ist, einen Ausbildungsplatz. Dass es nicht an Angeboten fehlt, zeigt sich in den Statistiken: Die Wirtschaft stellt im Moment mehr Lehrstellen zur Verfügung, als Stellen besetzt werden. Bei der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund – besonders aus dem Balkan – haben die Volksschulen versagt. Wir haben heute das Problem, dass rund 15 000 bis 20 000 Jugendliche nicht integriert sind. Diese Jugendlichen den Unternehmen zu vermitteln – etwa für eine Schnupperlehre – ist fast unmöglich, erst recht wenn die Unternehmen bereits wiederholt negative Erfahrungen gemacht haben.

Rechsteiner: Es ist eine ganz gefährliche Haltung, die Jugendlichen nach ihrer Herkunft zu diskriminieren. In der Schweiz besteht eine unselige Tendenz, die Menschen nach der Herkunft einzustufen. Das vermindert die Chancengleichheit eben gerade.

Die Volkswirtschaft: *Was unternehmen Sie, Herr Ineichen, konkret, um arbeitslose Jugendliche zu integrieren?*

Ineichen: Wir haben im Kanton Luzern ein Projekt zur Eingliederung von arbeitslosen Jugendlichen zwischen 18 und 20 Jahren. Daran nehmen 60 bis 80 Jugendliche teil, die zusätzlich sozial begleitet werden. Das Problem, das wir dort haben, ist, dass Jugendliche eine Arbeit ablehnen und ihnen dann noch ständig gesagt wird, dass sie die Arbeitslosengelder und die Sozialhilfe abholen können. Das stimmt mich nachdenklich.

Im Rahmen des Projekts «Speranza» wollen wir zusätzliche Attestausbildungen schaffen. Mit Networkern versuchen wir Unterneh-

men – hauptsächlich KMU, die nicht mehr ausbilden – davon zu überzeugen, Jugendlichen wieder eine Chance für eine Attestausbildung zu geben.

Rechsteiner: Wie gross die Diskriminierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist, zeigt sich, wenn Jugendliche sich anonymisiert bewerben. Tönt der Name nach Balkan, bekommen die Bewerber die Lehrstelle nicht. Diesem Problem müssen wir begegnen – auch mit der notwendigen Sorgfalt in der Analyse seitens der Politiker.

Herrn Ineichen ist zu attestieren, dass er mit «Speranza» eine Initiative lanciert hat, die dringend nötig ist. Allerdings müssen die Initianten in Zukunft vermehrt darauf achten, dass diese Ausbildungen einen Abschluss beinhalten, auf dem die Absolventinnen und Absolventen nachher aufbauen können.

Ineichen: Wir haben bei «Speranza» unsere Lehren gezogen. Es macht in der Tat keinen Sinn, beispielsweise im Coiffeurbereich eine Attestausbildung anzubieten, weil hier die Nachhaltigkeit nicht gegeben ist. Deshalb versuchen wir, dort Attestausbildungen zu schaffen, wo die Leute nachher auch gebraucht werden, so etwa im Gesundheitswesen.

Die Volkswirtschaft: *Rund ein Viertel der Jugendlichen bezeichnen ihre Wahl nach der obligatorischen Schulzeit als Zwischenlösung, d.h. geht weiter in die Schule oder wählt ein Brückenangebot. Was halten Sie in diesem Kontext von Brückenangeboten wie das Motivationssemester, deren Abschaffung ja jetzt teilweise gefordert wird?*

Rechsteiner: Den betroffenen Jugendlichen ist mit der Abschaffung der Motiva-

tionssemester nicht gedient. Wir sind uns einig, dass das Ziel eine Berufsausbildung für alle Jugendlichen sein muss. Für Schnellschüsse eignet sich das Thema «Motivationssemester» aber nicht.

Ineichen: Ich bin für die Beibehaltung der Brückenangebote. Diese Angebote sollten Praxis und Schule kombinieren – etwa in Form von vier Tagen Arbeit und einem Tag Schule pro Woche. Hier ist die Wirtschaft gefordert; sie soll mithelfen, entsprechende Angebote zu schaffen. Mittelfristig bin ich für die Abschaffung der Motivationssemester, weil diese für die Jugendlichen demütigend sind. Sollten sie dennoch beibehalten werden, plädiere ich für straff organisierte und gut begleitete Motivationssemester.

Einen interessanten Ansatz verfolgt der Kanton Zug. Dort übernimmt das so genannte Berufsbildungsnetz die Anstellung, das Coaching, die Kontrolle und alle weiteren administrativen Arbeiten. Wenn Probleme mit den Jugendlichen auftauchen, liegt die Verantwortung nicht bei den Unternehmen, sondern beim Berufsbildungsnetz. Dieses Modell ist zwar relativ teuer, aber extrem wertvoll.

Die Volkswirtschaft: *Welche Rolle haben Ihrer Meinung nach Politik und Wirtschaft bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wahrzunehmen?*

Rechsteiner: Wenn wir wollen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit haben, eine Berufsausbildung zu absolvieren, braucht es ein gemeinsames Handeln der Wirtschaft sowie von Bund und Kantonen. Dass es stärkere und schwächere Jugendliche gibt, ist eine alte Weisheit. Die schweizerische Wirtschaft braucht

Ineichen: Wichtig ist, unbedingt die richtigen Anreize dafür zu schaffen, dass die Jugendlichen den Start in die Arbeitswelt nicht verschlafen. Die Gewährung von Arbeitslosengeld direkt nach dem Schulabgang schadet der beruflichen Integration.



Bild: J.-C. Poffet

auch Leute, die praktische Tätigkeiten verrichten, heute und in Zukunft. In der Wissensgesellschaft steigt aber der Anteil qualifizierter Tätigkeiten.

Ineichen: Wichtig ist, unbedingt die richtigen Anreize dafür zu schaffen, dass die Jugendlichen den Start in die Arbeitswelt nicht verschlafen. Die Gewährung von Arbeitslosengeld direkt nach dem Schulabgang schadet der beruflichen Integration. Diese Problematik ist am deutlichsten sichtbar in der Westschweiz. Arbeitslosengelder ohne Coaching der Jugendlichen zu streichen, wäre kontraproduktiv. Falsch finde ich es, wenn etwa Spitäler Kurzaufenthalter für unqualifizierte Arbeiten aus dem benachbarten Ausland in die Schweiz holen. Allein im Gesundheitswesen hätten wir die Möglichkeit, mit einer Attestausbildung 2000–3000 Lehrstellen zu schaffen.

Rechsteiner: In der Tat wäre ein Abbau der Leistungen bei der Arbeitslosenversicherung das dümmste, was man in der heutigen Situation machen könnte. In die Schul- und Berufsbildung sollte mehr investiert werden. Dazu sind verschiedene Massnahmen nötig. Einiges deutet darauf hin, dass die öffentliche Hand weiterhin aktiv bleiben muss, um die regionalen Ungleichgewichte zu mindern. Erforderlich sind auch Investitionen wie das Coaching, das in Genf entwickelt worden ist. Auszubildende müssen, wo nötig, begleitet werden. Denn zum Erfolg gehört nicht nur der gelungene Start der Lehre, sondern dass die Lehre auch abgeschlossen wird.

Ineichen: Case Management ist ein probates Mittel; aber es greift eher langfristig. Wir haben jedoch dieses und nächstes Jahr die grossen Probleme. Kleine Kantone gehen sie pragmatisch und innovativ an.

Die Volkswirtschaft: *Wie äussern sich die Unterschiede zwischen den Kantonen?*

Ineichen: In den kleineren Kantonen bestehen heute bei der beruflichen Integration von Jugendlichen keine Probleme mehr. Anders präsentiert sich die Lage in den grösseren Kantonen. Das liegt daran, dass die schulisch schwachen Jugendlichen in den kleineren Kantonen systematisch gecoacht und betreut werden. Ich bin erstaunt, wie gut das funktioniert. In grösseren Kantonen ist die Bürokratie zu gross, um die Probleme konsequent angehen zu können. Letztes Jahr wurden bei über 100 Ausbildungsplätzen die Bewilligungen nicht erteilt, obwohl es sich um Ausbildungsbetriebe handelte. So haben McDonald's und Valora in kleineren Kantonen die Bewilligungen erhalten. In grösseren Kantonen wurden hingegen die Gesuche abgelehnt, mit der Begründung, die Jugendlichen würden ausgenützt.

Rechsteiner: Dort, wo es um gefährliche Arbeiten geht, macht eine gewisse Zurückhaltung auch Sinn. Das Unfallrisiko bei Jugendlichen ist nun einmal höher als bei Älteren. Und es gibt viele gute Gründe, dass solche Arbeiten – wie etwa das Staplerfahren – nur in einer regulären Lehre und nicht unqualifiziert verrichtet werden dürfen. Der Schutz für jugendliche Arbeitnehmende darf nicht ausgehöhlt werden.

Die Volkswirtschaft: *Wir haben bisher den Blick auf die 15- bis 19-Jährigen geworfen, die in der Phase des Übergangs von der Schule zur Ausbildung stecken. Wenden wir uns nun den 20- bis 24-Jährigen zu, die den Übergang vom Berufsabschluss in den Arbeitsmarkt bewerkstelligen müssen. Wie beurteilen Sie hier die Situation? Welche Massnahmen erachten Sie als geeignet für den Einstieg ins Berufsleben?*

Rechsteiner: Deren Situation ist in erster Linie von der konjunkturellen Entwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt abhängig. Leider hat man sich mental von der Vorstellung weit gehend verabschiedet, wieder einmal unter 100 000 Arbeitslose zu kommen. Gerade für die jungen Arbeitnehmenden wäre ein nachhaltiger Aufschwung entscheidend. Ausserdem müssten die ausbildenden Betriebe den Wert ihrer Lehrabgängerinnen und -abgänger wieder vermehrt erkennen und mehr Verlässlichkeit schaffen. Dadurch könnten sie die jungen Arbeitskräfte stärker an ihren Betrieb binden. Denn mittelfristig werden sie wieder auf diese angewiesen sein. Für eine gute Ausbildung ist schliesslich nicht nur die Lehrzeit ausschlaggebend, sondern auch die Erfahrung am Arbeitsplatz. Dem Humankapital muss also wieder mehr Wertschätzung entgegengebracht werden.

Ineichen: Meiner Meinung nach müssten möglichst viele Arbeitgeber ihren Lehrlingen die Möglichkeit geben, weitere sechs Monate nach Abschluss der Ausbildung im Betrieb zu arbeiten, um Erfahrungen sammeln zu können. Das ist eventuell in Kleinbetrieben nicht möglich. Dass aber grosse Unternehmen wie Banken, Versicherungen usw. diese Möglichkeit nicht anbieten, dafür habe ich kein Verständnis.

Die Volkswirtschaft: *Meine Herren, ich danke Ihnen für das Gespräch.* ■

Gesprächsleitung und Redaktion:

Geli Spescha, Chefredaktor «Die Volkswirtschaft»

Aufzeichnung des Gesprächs:

Simon Dällenbach, Redaktor «Die Volkswirtschaft»